

schickte 2,8 Millionen Werbe-Ausgaben seiner „National-Zeitung“ und veröffentlichte gratis Wahl- und Spendenaufrufe der NPD.

Die NPD-Spitze in Hannover ließ den ungebetenen Wahlhelfer Frey gewähren, obwohl ihm offenbar eher an DNSZ-Abonnenten denn an NPD-Stimmen gelegen war und obwohl seine DNSZ an deutschen Kiosken mit der Wochenpresse des NPD-„Syndikats“ konkurriert; dem Partei-Zentralorgan „Deutsche Nachrichten“ (Herausgeber: Adolf von Thadden) und der damit redaktionell verbundenen „Deutschen Wochen-Zeitung“ des Göttinger Verlegers und NPD-Präsidiumsmitgliedes Waldemar Schütz.

Erst nach der Landtagswahl, die den Rechten 9,8 Stimmenprozente einbrachte, distanzierten sich die hannoverschen Partei-Presseherren von ihrem Münchner Konkurrenten. Anlaß war ein in der „National-Zeitung“ veröffentlichter Leserbrief des NPD-Mannes Mußgnug.

In dem Brief dankte Mußgnug, der die Uneinigkeit der Rechten für ein „nationales Erbübel“ hält, dem Frey „vielmals“ für die Wahlhilfe, und er sprach die Hoffnung aus, daß das „Gegeneinander zwischen NPD und „National-Zeitung“ nun „für alle Zeit beendet“ sei.

Einen Tag nach Erscheinen des Mußgnug-Leserbriefes suchten, am 11. Mai, der zweite NPD-Bundesvorsitzende Dr. Siegfried Pöhlmann und Verleger Schütz den Briefschreiber in Stuttgart auf, warfen ihm „parteischädigendes Verhalten“ vor und veranlaßten ihn, sein gerade übernommenes Amt als stellvertretender NPD-Landtagsfraktionschef niederzulegen; Nachfolger: Thadden-Mann und Alt-Pg. Kuhn.

Nach dem Mußgnug-Sturz (DNSZ: „In der deutschen Parlamentsgeschichte noch nie dagewesen“) eskalierte der Zweikampf zwischen den Rechten. Freys rechtsradikale „National-Zeitung“ breitete die rechtsradikale Vergangenheit von NPD-Politikern wie Gutmann, Schütz und Kuhn aus und versuchte, die „aufopfernden Marschierer des NPD-Parteivolks“ gegen das „Syndikat“ mobil zu machen.

Thadden konterte: Die DNSZ habe sich nun als „Feind“ entpuppt. Der NPD-Parteivorstand klärte die Mitglieder per Rundschreiben über das Blatt auf, dessen „Schlagzeilen keineswegs unsere Politik“ ausdrückten.

Dennoch ließen sich Baden-Württembergs NPD-Delegierte von dem gegen Thadden gerichteten Frey-Stoß der „National-Zeitung“ beeindrucken, die mit dem blauen Stempelaufdruck „Probenummer“ vor ihnen auf den Tischen lag. Sie lehnten den Thadden-Favoriten Kuhn ab und zogen den Frey-Favoriten Mußgnug vor.

Doch Martin Mußgnug — von vielen Jung-Delegierten gewählt, die mit dem „Syndikat“ unzufrieden sind — ließ nach der Kampfabstimmung Parteiräson walten: „Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn von Thadden und mir“, erklärte er, „gibt es nicht.“

## FRITZ BAUER †

Skeptische Trauer und desillusionierte Verzweiflung“ bewegte den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer „angesichts der Absurdität der Welt“, vor allem angesichts dessen, „was Recht, Rechtslehre und Rechtspflege ist“. „Absurd“ nannte er ein Fragen, „das ohne irdische Antwort bleibt und offenbar immer bleiben muß“. Doch er selbst trug zur Absurdität dieser Welt bei, indem er sich unlösbaren Fragen überantwortete.

„Schaffen wir den Begriff der Sünde aus der Welt — und schicken wir ihm den Begriff der Strafe bald hinterher“, schrieb der höchste Ankläger des Landes Hessen. Seine These lautete: „Der Mensch ist sozial programmierbar und auch weitgehend programmiert.“ Und so war er Anhänger der „défense sociale“ und trat für ein „umfassendes System von ambulanten und stationären Behandlungsmaßnahmen“ ein, „die jeweils der Individualität des Täters angepaßt sind“.

Bedingung der Demokratie war für ihn mitbürgerliche und mitmenschliche Solidarität, und daher war Demokratie für ihn auf dem Gebiet des Strafrechts „Resozialisierung“. Grenzen der Staatsgewalt, staatliche Grenzüberschreitungen sah er allerorten in unserem geltenden Recht. Doch jene, die unter Hitler schuldig geworden sind — verfolgte er von Amts wegen wie kaum ein anderer. Unerbittlich drängte er auf Bestrafung jener, von denen nur die wenigsten der Resozialisierung bedurften, wenn sie überhaupt jemals aus der Sozietät herausgetreten waren.

Wurde Fritz Bauer auf dieses Paradox angesprochen, beispielsweise während einer Diskussion mit Studenten, kurz nach Beginn des ersten Auschwitz-Prozesses, so konnte ihn die Absurdität dieser Welt grausam schlagen: „Wenn diese Männer (die Angeklagten im ersten Auschwitz-Prozess) nicht angeklagt werden, dann können Sie nachts nicht mehr ohne Revolver über die Zeil (eine Frankfurter Hauptstraße) gehen.“

„Gewalt ist zu diffamieren und zu diskriminieren“, schrieb er 1967 in einem Versuch über „Kriminologie und Prophylaxe des Völkermords“. Als einer der gescheiterten Rechtskritiker der deutschen Geschichte suchte er nach einer Lösung des Paradoxes. Er scheiterte wieder und wieder daran, daß

unser geltendes Strafrecht überwiegend ein Schuldstrafrecht ist; daß es also nicht nur die Resozialisierung versäumt, sondern auch jeder Möglichkeit entbehrt, die Täter der Diktatur zur Belehrung des Volkes abzuurteilen.

Der erste Auschwitz-Prozess war das Resultat der strafverfolgerischen Energie von Fritz Bauer. Doch das Resultat des Prozesses war auch ein Paradox. Er erhielt, wie Martin Walser schrieb, „eine Bedeutung, die mit dem Rechtsgeschäft nichts mehr zu tun hat. Geschichtsforschung läuft mit, Enthüllung, moralische und politische Aufklärung einer Bevölkerung, die offenbar auf keinem anderen Wege zur Anerkennung des Geschehenen zu bringen war“.

Der Weg, auf dem Anerkennung erzwungen wurde, brachte eine Anerkennung, wie sie dem Zwang folgen mußte: eine Anerkennung, die sich im Abscheu über die Verurteilten erschöpfte. Heute werden überall in der Bundesrepublik unter Hitler begangene Verbrechen abgeurteilt — und die Urteile dienen allein der Entlastung derer, die nur im Sinne des geltenden Strafrechts unter Hitler nicht schuldig wurden. Gerade hier mußte

Fritz Bauer die Katastrophe seines Kampfes um das Recht erleben.

Einmal planten tatsächlich zwei Jung-Faschisten ihn zu ermorden: „Der muß weg.“ Im nächsten Bundestag sah Fritz Bauer die NPD vertreten. Einen Verzicht auf die Verlängerung der Verjährung hielt er für praktisch bedeutungslos, eine Amnestie jedoch fürchtete er als Besiegelung der Katastrophe. In seinem Eintreten für ein resozialisierendes Strafrecht wurde er darüber immer heftiger und machte es damit manchem schwer, ihm zu folgen. So redete er die Insassen einer Strafanstalt mit „Kameraden“ an.

Einem seiner Bücher stellte er ein Wort des amerikanischen Juristen Cardozo voran. Da ist von den „Spuren der Versuche und Irrtümer beim Suchen nach Wahrheit“ die Rede, auf die wir überall „als warnende und anfeuernde Beispiele“ stoßen. In der Geschichte der Justiz wird Fritz Bauer einmal als anfeuerndes Beispiel gelten. Er scheiterte nur dort, wo nicht einmal die totale Niederlage das Scheitern der Deutschen verhindern konnte.

